

Erste Lesungen

zu Gesetzentwürfen und einem Staatsvertrag, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (Drs. 16/7656)

Verweisung in den Bildungsausschuss 6220

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (Drs. 16/8084)

Verweisung in den Kommunalausschuss 6220

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern zur Änderung des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller (Drs. 16/7717)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 6220

Gesetzentwurf aller im Landtag vertretenen Fraktionen
zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen - Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Inklusion) (Drs. 16/8100)

- Erste Lesung -

Georg Eisenreich (CSU)..... 6221
Martin Güll (SPD)..... 6221
Günther Felbinger (FW)..... 6223
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 6223
Renate Will (FDP)..... 6224 6225
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 6225

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 6226

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FW)
zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 16/6369)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 16/7620)

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 16/6668)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 16/7716)

Jutta Widmann (FW)..... 6227
Ulrike Gote (GRÜNE)..... 6229 6231 6235 6237
Eberhard Sinner (CSU) 6229 6231 6232 6236 6237
Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 6232
Julika Sandt (FDP)..... 6234 6237

Beschluss zum FW-Gesetzentwurf 16/6369..... 6238

Beschluss zum GRÜNEN-Gesetzentwurf 16/6668... 6238

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Beschluss..... 6238

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u. a. (SPD)
Initiative zur Förderung der Elektromobilität in Bayern (Drs. 16/6708)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/7937)

Bernhard Roos (SPD)..... 6238 6239
Tobias Reiß (CSU)..... 6239
Alexander Muthmann (FW)..... 6240
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 6241
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 6242
Staatsminister Martin Zeil..... 6243

Beschluss..... 6243

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Christa Steiger u. a. (SPD)
Mindestlohn und gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit - Ministerpräsident Seehofer beim Wort nehmen! (Drs. 16/6988)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 16/7983)

Beschluss..... 6244

meldungen mehr vor. Wir können damit die Aussprache schließen. Wir kommen damit - ich bitte um Konzentration - zur Abstimmung.

(Unruhe)

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 trenne ich dazu wieder. Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 6 abstimmen. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der Fraktion der Freien Wähler auf Drucksache 16/6369 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 16/7620 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich lasse nun über Tagesordnungspunkt 7, den Initiativgesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/6668, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 16/7716 wiederum die Ablehnung des Gesetzentwurfes. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Danke schön. Stimmenthaltungen - sehe ich keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf ebenfalls abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage)**

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Listennummer 16, die auf Antrag der SPD einzeln beraten werden soll, jedoch im Einvernehmen mit allen Fraktionen nicht heute. Wir vertagen deshalb die Debatte über Listennummer 16 und können zur Abstimmung hinsichtlich der anderen Anträge auf der Liste kommen.

Die jeweilige Abstimmungsgrundlage mit den Voten der Fraktionen liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen in diesem Haus. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich teile mit, dass Tagesordnungspunkt 9, Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, "Jetzt handeln: Asylkompromiss schnell und unbürokratisch umsetzen", Drucksache 16/6738, zur Freude aller und im Einvernehmen aller Fraktionen von der Tagesordnung genommen wurde.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt 10:

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Dr. Paul
Wengert, Annette Karl u. a. (SPD)
Initiative zur Förderung der Elektromobilität in
Bayern (Drs. 16/6708)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt wie immer fünf Minuten je Fraktion. Zuerst bitte ich Herrn Roos ans Mikrofon.

Bernhard Roos (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! In den nächsten Jahren wird ein gewaltiger Strukturwandel die Automobilindustrie in Deutschland, in Bayern, aber natürlich auch weltweit nicht nur erschüttern, sondern regelrecht revolutionieren. Das erfasst auch viele andere Bereiche, von der Zulieferindustrie bis hin zum Kfz-Handwerk. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass bereits im Jahr 2020 - und es gibt viele Projekte, um dieses Jahr 2020 vorzubereiten und vorauszudenken - der Anteil von Hybrid- und Elektroautos zwischen 5 und 15 % betragen wird. Dass dies einen kompletten Umbruch der Wertschöpfungsketten in der traditionellen Automobil- und Zulieferindustrie bedeutet und dass die Marktakteure einen neuen Anstrich bekommen werden, spricht für sich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, andere Staaten wappnen sich mit Milliardenbeträgen. Nicht nur China, sondern auch das weitaus kleinere Frankreich investiert einen Milliardenbetrag in den möglichst zügigen Umbau der entsprechenden Industrie.

Die bayerische Automobilindustrie ist fraglos Garant des Aufschwungs, Garant der wirtschaftlichen Stärke bei uns in Bayern und für den Wohlstand. Wir sind es den Menschen, die in dieser Industrie beschäftigt sind, den Kolleginnen und Kollegen schuldig, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur erhalten, sondern auch noch steigern.

Deswegen haben wir von der SPD-Landtagsfraktion den Antrag "Initiative zur Förderung der Elektromobilität in Bayern" gestellt. Hier steht die SPD Seite an Seite mit den Gewerkschaften, den Arbeitnehmervertretern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Im Einzelnen geht es um die Qualifizierung der vorhandenen Arbeitsplätze hin zu den neuen Anforderungen, es geht um neue Ausbildungsgänge nicht nur in der dualen Ausbildung, sondern auch in den Studien, es geht um Forschungsförderung, um neue Lehrstühle, die mit den Schwerpunkten Hybridantrieb, Elektromobilität, Leistungselektronik auszustatten sind.

Es geht um die gezielte Förderung der Batterieproduktion. Es geht also darum, hier in Bayern eine Modellproduktion aufzubauen. Die meisten von uns wissen, dass es in Deutschland keinen ernst zu nehmenden Batteriehersteller mehr gibt. Da haben wir in der Vergangenheit große Unterlassungssünden begangen. Und es geht darum, einen Zukunftsrat zu installieren, und zwar nicht einen Zukunftsrat, der die Ostbayern nach Tschechien und Österreich transferiert, sondern einen Zukunftsrat für Automobil- und Zulieferindustrie und Elektrochemie. Es geht also um eine bessere Qualität als die, die man von diesem Henzler-Gremium gehört hat.

Außerdem geht es darum, meine Damen und Herren, dass die Ergebnisse der Forschung, der Produktion, der Entwicklung in Projekte wie "E-Wald" einfließen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen sehr vernünftigen Vorschlag, der im Übrigen in weiten Teilen zwischen den Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, und Ministerpräsident Seehofer - hier würde er sitzen - vereinbart wurde, haben wir im Wirtschaftsausschuss beraten. Und, oh Wunder, oh Wunder, das, was Seehofer will, lehnt seine CSU ab, sagt, das sei gar nicht mehr notwendig. Das Gleiche tut die FDP. Sie begründen das damit, dass die Staatsregierung schon alles auf den Weg gebracht habe - das ist überhaupt meine Lieblingsformulierung: "auf den Weg gebracht", darunter kann man sich sehr viel vorstellen - bzw. dass schon alles erledigt sei.

Abgesehen davon, dass dieser Ausdruck daneben liegt, ist dieser Aussage definitiv falsch. Die Begründungen lauten - der Kollege Berichterstatter kommt ja noch nach mir -, dass die Cluster arbeiten, dass es für neue Berufsbilder zu früh sei, dass ordnungspolitische Eingriffe zu befürchten seien, dass die Technische Universität München als Wissenschaftszentrum sowieso Elektromobilität mit dem Fraunhofer-Institut und allen anderen wissenschaftlichen Akteuren in Erlangen, Würzburg usw. verbindet. Fazit scheint wohl,

dass Schwarz-Gelb das eher verhindern als nach vorn treiben will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kollegen der Gewerkschaften warten auf die Einladung von Herrn Seehofer. Herr Zeil, vielleicht können Sie es ihm weitersagen. Die Gewerkschaften haben die Mitglieder für diesen Zukunftsrat Elektromobilität schon benannt. Aber dieser Rat muss natürlich auch einmal zusammentreten, er muss zum Einsatz kommen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Achten Sie bitte auf Ihre Zeit!

Bernhard Roos (SPD): Ja. - Nun zum "E-Wald". Ich meine nicht MdB Ewald Schurer oder andere Ewalds, sondern ich meine das Projekt "E-Wald". 30 Millionen Euro für ganz Bayern, davon ein erklecklicher Anteil für den Bayerischen Wald. Im Prinzip brauchen wir diese 30 Millionen Euro alleine für den Bayerischen Wald. Staatsminister Brunner hat gesagt, er brauche 20 Millionen.

Hier will ich auch ein Plädoyer für das Alleinstellungsmerkmal - -

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Aber nicht mehr an dieser Stelle!

(Heiterkeit)

Bernhard Roos (SPD): Ich fordere also Herrn Zeil auf, die Bremsfunktion, die er hier ausgeübt hat, aufzugeben und dem Bayerischen Wald als Flächenprojekt andere Präliminarien zu geben als den Projekten, die auf eine Region beschränkt sind.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächster hat sich Herr Reiß für die CSU zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Tobias Reiß (CSU): Liebe Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Roos, wir haben im Bereich Elektromobilität nicht nur bereits vieles auf den Weg gebracht, sondern auch bereits vielfach Maßnahmen umgesetzt. Es ist bekanntlich das erklärte Ziel dieser Koalition, Bayern zum Elektromobilitätsland Nummer 1 in Deutschland zu machen.

(Zuruf von der SPD)

Die Staatsregierung hat hierzu bereits im Jahr 2008 die "Zukunftsoffensive Elektromobilität" gestartet. Sie hat 2009 ein bayerisches Förderprogramm Elektromo-

bilität aufgelegt und im Mai 2010 die Fünf-Punkte-Strategie "Elektromobilität" beschlossen.

Neben dem Ausbau der bayerischen Forschungslandschaft gehört dazu die Unterstützung von Modellregionen. Kollege Roos hat das angesprochen. Weitere Elemente dieser Fünf-Punkte-Strategie sind die Verankerung der Elektromobilität in der bayerischen Clusterstrategie, die Förderung von Leuchtturmprojekten und ein Maßnahmenpaket zur schnelleren Markteinführung der Elektromobilität. Im Rahmen dieser Schwerpunkte sind bereits zahlreiche Initiativen gestartet worden.

So werden für die Modellregionen in Bad Neustadt und Garmisch-Partenkirchen sowie für das landkreisübergreifende Projekt "E-Wald" 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. An der TU München wurde mit dem Wissenschaftszentrum Elektromobilität eine fakultätsübergreifende Plattform gegründet, an der sich bereits 36 Lehrstühle aus fünf Fakultäten beteiligen. Der Freistaat investiert im nächsten Jahr am Fraunhofer-Institut für Integrierte Systeme in Erlangen und Nürnberg 10 Millionen Euro in die Weiterentwicklung von Hybrid- und Elektrofahrzeugen. Im E-Drive-Center Nürnberg fördert der Freistaat mit 9 Millionen Euro die Entwicklung neuartiger elektrischer Antriebskonzepte und den Wissenstransfer von der Hochschule in die industrielle Praxis.

Im Rahmen der Initiative "Aufbruch Bayern" wird das Forschungs- und Entwicklungszentrum Elektromobilität in Garching und Würzburg gefördert; dort werden insgesamt 34 Millionen Euro investiert. Mit dem 2009 aufgelegten bayerischen Förderprogramm Elektromobilität unterstützt der Freistaat Forschung, Entwicklung und Erprobung von Elektrofahrzeugen und aller hierzu erforderlichen Komponenten.

Es ist richtig und wichtig, durch Förderung und Anreize beste Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Elektromobilität in Bayern zu schaffen.

Über diese Förderung hinaus aber fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag, "den Strukturwandel ... in der bayerischen Automobilindustrie gezielt zu steuern." Das wäre meines Erachtens Planwirtschaft

(Zurufe von der SPD: Oh!)

und ein ordnungspolitisch nicht zu rechtfertigender Eingriff in den Wettbewerb. Die bayerischen Automobilhersteller arbeiten mit ihren Forschungs- und Entwicklungsabteilungen bereits seit Langem intensiv an dem Thema Elektrofahrzeuge. Allein der Druck durch den nationalen wie internationalen Wettbewerb sorgt für rechtzeitige Anpassungen an neue Entwicklungen. Einer staatlichen Steuerung bedarf es insoweit nicht.

Weiter wird in dem Antrag gefordert, eigene Ausbildungsberufe für den Bereich E-Mobilität zu entwickeln. Auch das erachten wir - Kollege Roos hat es bereits ausgeführt - genauso wie die Kammern als verfrüht. Wichtiger ist es, bestehende Berufsbilder, Weiterbildungsangebote und Studiengänge weiterzuentwickeln.

Der Ministerpräsident hat mit Gewerkschaften und Betriebsräten der beteiligten Branchen und Unternehmen die gemeinsame "Initiative Elektromobilität Bayern" vereinbart, in die auch Vertreter der Arbeitgeber und der Wissenschaft einbezogen werden, sodass auch die in dem Antrag erhobene Forderung nach einem bayerischen Zukunftsrat "Automobil- und Zulieferindustrie" bereits erledigt ist.

Die Elektromobilität bietet für Bayern tatsächlich eine großartige Chance. Das wissen die Koalitionsfraktionen, das weiß die Staatsregierung - schön, dass es die SPD jetzt auch weiß.

Wir bleiben bei unserem Votum aus dem Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Reiß; das war fast punktgenau. - Ich bitte für die Freien Wähler Herrn Muthmann ans Redepult. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst sei eine Anmerkung an die Kollegen der SPD gerichtet: Es vergeht zurzeit kaum eine Sitzung ohne einen Antrag, der nicht mit der Schaffung zusätzlicher Gremien einhergeht. Ich glaube nicht, dass wir gut beraten sind, für jedes tatsächliche oder vermeintliche Problem gleich ein Beratungsgremium zu installieren.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Sehr gut!)

Dabei stört mich nicht allein der vorgeschlagene Begriff "Zukunftsrat", der bekanntlich belastet oder "verbrannt" ist. Aber es ist Ihr Antrag, nicht der meine.

Es geht mir aber auch um den Inhalt. Einen Kritikpunkt hat Herr Kollege Reiß schon angesprochen. Wenn es in dem Antrag heißt, die Staatsregierung solle die Industrie "gezielt steuern", dann ist das etwas, was man bedächtiger formulieren kann und muss. Anreize setzen, Impulse geben, da und dort behilflich sein - das sind durchaus Instrumente, die der Politik in unserem System gut zu Gesicht stehen. Aber "Steuerung" sollte man nicht als Ziel formulieren.

Lieber Kollege Reiß, andererseits ist es nicht damit getan, die Dinge gut zu präsentieren und auf - zugegebenermaßen bestehende - Konzepte und Aktivitäten hinzuweisen. Die Umsetzung gehört dazu. Es ist durchaus richtig, dass auch in diesem Bereich Pilotprojekte gestartet werden; denn damit ist man nicht nur den Spezialisten bei der Erforschung, Entwicklung und Umsetzung neuer Ansätze behilflich, sondern man stärkt auch in der breiten Öffentlichkeit das Bewusstsein dafür, dass die neuen Konzepte realisierbar sind. Es kommt auch an dieser Stelle nicht nur auf die Worte, sondern vor allem auf das Handeln bzw. Umsetzen an.

So konnten wir anlässlich der Tagung der Staatsregierung in Deggendorf Ende letzten Jahres hören, dass es auch in Niederbayern ein großes Projekt "E-Wald" geben wird, an dem ganze Regionen beteiligt sind. Schon damals ist gesagt worden: Das ist die Idee. Eine Finanzierung haben wir noch nicht; da schauen wir mal. - Mittlerweile gibt es auch Geld, 30 Millionen Euro. Kritisiert wird aber, dass es an der Umsetzung hapere, weil die Finanzausstattung zu gering sei.

Jetzt können Sie einwenden, dass sei wiederum klassische Oppositionskritik, die man schon kenne. An dieser Stelle will ich mich auf Ihren Kabinettskollegen Helmut Brunner berufen, der gemeinsam mit den verantwortlichen Landräten, die übrigens allesamt der CSU angehören, kritisiert, dass zwar viele schöne Worte verbreitet worden seien, es aber an der Umsetzung fehle, weil nicht ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werde. Konzepte gibt es schon, auch von der Fachhochschule Deggendorf, aber die Umsetzung wird nicht ausreichend unterstützt.

Wir teilen die zentrale Zielsetzung, das heißt die grundsätzliche Ausrichtung des Antrags der SPD-Fraktion. Daher haben wir - trotz der Kritikpunkte, die ich soeben noch einmal vorgetragen habe - schon im Ausschuss zugestimmt und werden das heute wiederholen.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Muthmann. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte ich Herrn Hartmann nach vorn.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kurz nach der Wirtschaftskrise, als es der Automobilindustrie wirklich schlecht ging, hatte man das Gefühl, dass alle von Elektromobilität reden. Auch die Staatsregierung war in China. Keinem ging es schnell genug. Man musste da etwas machen. Der Beitrag des CSU-

Kollegen Reiß klang eher so, als ob alles irgendwie laufe und man nicht mehr brauche.

Hier wurde behauptet, der Antrag gehe in Richtung Planwirtschaft. Dazu möchte ich einen Vergleich ziehen: Ich erinnere mich noch gut an den Antrag "MAN muss bayerisch bleiben!", der von Ihrer Fraktion, Herr Reiß, in den Ausschuss eingebracht wurde. Was war denn das für ein Antrag? Der ist von Ihnen gestellt worden!

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Keine Planwirtschaft!)

- Doch, er geht in die gleiche Richtung.

Es ist doch unumstritten, dass Elektromobilität im Autoverkehr einen großen Anteil des zukünftigen Mobilitätsmixes ausmachen wird. Man muss jetzt die Weichen entsprechend stellen.

Ich finde, die Punkte im SPD-Antrag gehen in die richtige Richtung, man kann sie durchaus mittragen. Ich verstehe nicht, warum die Koalition nicht zustimmen kann, wenn doch nach Aussage der Staatsregierung ein oder zwei Punkte schon so gut wie erfüllt sind. Den weiteren Punkten könnten Sie zustimmen.

Ich möchte aber auch warnen: Auch für die Durchsetzung der Elektromobilität kommt es darauf an, dass wir eines Tages den richtigen Strommix haben. Das ist entscheidend.

Wir müssen auch auf Folgendes achten: Es wird nicht so funktionieren, dass wir die bisherigen Antriebsmotoren einfach durch neuartige ersetzen, aber die Ansprüche, was PS-Stärke, Größe und Schwere der Autos betrifft, beibehalten. Man muss insoweit "abrüsten", um zu etwas kleineren Autos zu kommen. Dann geht es auch im Bereich der Elektromobilität schneller voran.

Die Elektromobilität wird, wie gesagt, entscheidenden Anteil am künftigen Mobilitätsmix haben. Wir dürfen uns aber nicht durch eine heutige Weichenstellung schon komplett auf eine Antriebsart festlegen. Neben der Förderung der Elektromobilität muss es weiterhin einen Wettstreit der verschiedenen Antriebstechniken geben, um für den Klimaschutz das Optimale herauszuholen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die FDP hat Herr Dr. Kirschner das Wort. Bitte sehr.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde könnte man meinen, es sei alles gesagt. Ich könnte Herrn Hartmann zustimmen und sagen: Es kann nicht nur Elektromobilität sein, sondern es muss ein Mix sein. Dieser Mix steht heute noch nicht fest, sondern dieser ergibt sich aufgrund der Entwicklung der Autoindustrie. Ich schicke gleich voraus: Wir werden mit Sicherheit keine Planwirtschaft dahingehend gestalten, dass wir der Autoindustrie sagen, was sie tun soll. Wenn sie unfähig sind, dies zu tun, dann müssen Sie erleben, was daraus wird. Wir können nur eines tun: das Ganze mitsteuern. Ich sage auch: soweit das der Haushalt hergibt.

Die SPD fordert in ihrem Antrag: Qualifizierung der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie, eigene Ausbildungsberufe, E-Fahrzeug-Mechatroniker, F-&-E-Lehrstühle, Verpflichtung zur Förderung der Basistechnologie, Aufbau einer Referenz-Batteriefertigung, Strukturwandel in der Autoindustrie steuern. Dazu fordern Sie einen Zukunftsrat und Sie fordern Förderprogramme.

Sehr geehrter Herr Roos, in der Begründung Ihres Antrags steht, die Anforderungen, die die neuen Marktgegebenheiten und das Bedürfnis nach Elektromobilität an die heimische Automobilindustrie stellen, dürften nicht verkannt werden. Das ist festzuhalten. Aber die zinsgünstigen Kreditprogramme in Nordrhein-Westfalen - das darf ich auch aussprechen - sind eher der Schwäche der Automobilindustrie dort, insbesondere von Opel, geschuldet, und nicht der Zukunft der Elektroindustrie.

Bereits seit 2008, einen Monat, nachdem Wirtschaftsminister Zeil ins Amt berufen wurde, gab es die "Zukunftsoffensive Elektromobilität". Ziel war und ist es nach wie vor, Bayern zum Vorreiter für die klimafreundliche, innovative Zukunftstechnologie in der Autoindustrie zu machen.

Im Mai 2005 wurde das Fünf-Punkte-Programm ins Leben gerufen, das ich jetzt nicht herunterlese, weil Herr Reiß es bereits erwähnt hat. - Anmerkend darf ich sagen: Da ich auch aus Niederbayern komme, muss ich jetzt die Zeit, die Herr Roos überzogen hat, einholen. Darum werde ich es noch kürzer machen. - Wir können uns nicht nur auf die nationalen oder auf die bayerischen Probleme stürzen; das Thema Elektromobilität ist ein globales Thema. Wir müssen mit dem nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität und mit der nationalen Plattform Elektromobilität zusammenarbeiten und tun dies auch.

Herr Roos, zu den einzelnen Punkten des Antrags darf ich in Stichworten Folgendes ausführen:

Arbeitsqualifizierung und Arbeitsplätze. Im Juli 2010 hat die IHK München bereits die geprüfte Elektronikkraftfahrzeugtechnik eingeführt. Ein neues Berufsbild wird bis auf Weiteres abgelehnt, weil die Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten ist, dass man sich bereits festlegen könnte.

F-&-E-Lehrstühle. Grundsätzlich gilt auch hier die Unabhängigkeit der Wissenschaft. Im Februar 2010 wurde das Wissenschaftszentrum für Elektromobilität "eCar", das Herr Reiß auch angesprochen hat, in Nürnberg ins Leben gerufen. Weitere Lehrstühle entstehen.

Zur Förderung der Basistechnologie: Ich will nur die 10 Millionen Euro für die Weiterentwicklung von Hybrid- und Elektrofahrzeugen nennen und nicht alles wiederholen, was Herr Reiß angeführt hat.

Förderprogramme, LfA. Dort sind entsprechende Kredite im Angebot, Startkredite für Gründer, für technische Unternehmen. Es gibt die Wachstumsförderung für technische Unternehmen, es gibt die Technologie-kredite, es gibt die Haftungsfreistellung wie für jeden anderen gewerblichen mittelständischen Betrieb auch, und wir haben die Bayern Kapital, die seit zehn Jahren existiert und sich seit zehn Jahren speziell an technischen Unternehmen beteiligen kann, sich auch an ihnen beteiligt und sehr erfolgreich ist. Außerdem haben wir die Bayerische Beteiligungsgesellschaft.

Fazit: Ihr Antrag geht ohne Zweifel in die richtige Richtung. Nur, all das, was Sie fordern, ist bereits ins Leben gerufen. Wir müssen weiterhin daran arbeiten. Das ist überhaupt keine Frage. Bei dieser Gelegenheit darf auch angeführt werden: Sie fordern immer wieder den ausgeglichenen Haushalt. Bei dieser Thematik ist er über die Jahre hinweg in Ordnung so. Aber man kann nicht bei jedem Antrag mehr fordern und bei nächster Gelegenheit wieder rufen, der Haushalt sei nicht ausgeglichen.

Als Letztes möchte ich Folgendes anführen: Es wäre interessant, einmal einen Prüfauftrag dahingehend zu organisieren, dass man feststellt, woher die Energie kommt, wenn wirklich eines Tages eine Million bis zwei Millionen Autos in Deutschland rein auf Elektrobasis laufen. Vielleicht kommt die Energie sogar aus den Kernkraftwerken.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Kirschner. Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Zeil noch um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Antrag, der hier zur Beratung steht, kann man eigentlich nur sagen: Guten Morgen, liebe SPD! Auch aufgewacht? Denn das, was Sie mit Ihrem Antrag verfolgen, hat die Staatsregierung unter Beteiligung der Wissenschaft, der Industrie und der Kammern längst umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann können Sie ja zustimmen!)

Ich darf das kurz darlegen.

Die Qualifizierung der Arbeitskräfte für neue Aufgaben im Bereich der Elektromobilität ist bereits angelaufen. So hat zum Beispiel die IHK für München und Oberbayern im Juli 2010 eine entsprechende Vorschrift verabschiedet. Erste Zusatzqualifizierungen von Mitarbeitern aus Unternehmen der Fahrzeugindustrie wurden bereits erfolgreich durchgeführt. Damit können die Automobilhersteller auf Mitarbeiter mit vertiefter Sachkunde zurückgreifen.

Die bayerischen Hochschulen haben im Rahmen ihrer Eigenverantwortlichkeit eine Reihe von Aktivitäten im Bereich der Elektromobilität ergriffen. Dies ist von den Kollegen Reiß und Kirschner bereits angesprochen worden. Die Staatsregierung unterstützt die Forschung und Wissenschaft auf dem Gebiet der Elektromobilität bereits jetzt und in den kommenden Jahren mit knapp 100 Millionen Euro, beispielsweise den Ausbau des Fraunhofer-Instituts für integrierte Systeme und Bauelementetechnologie in Erlangen und Nürnberg und den Aufbau eines Forschungs- und Entwicklungszentrums für Elektromobilität in Garching und München. Hier werden die TU München und die Fraunhofergesellschaft fachübergreifend insbesondere am Thema Energiespeicherung arbeiten.

Insgesamt 30 Millionen Euro sind für innovative Projekte in den bayerischen Modellregionen sowie für das Leuchtturmprojekt "Elektromobilität verbindet Bayern" vorgesehen. Herr Kollege Muthmann, Herr Kollege Roos, zum Thema der Förderung auch bei "E-Wald" will ich sagen: Hierbei kommt es jetzt natürlich auch im Detail darauf an, dass der Innovationsgrad herausgearbeitet wird, auch der Mehrwert gegenüber den anderen Modellregionen, auch der bisher geförderten Modellregionen. Denn Sie erwarten, dass wir die Mittel, die dieses Hohe Haus zur Verfügung stellt, so einsetzen, dass dies auch den europa- und haushaltsrechtlichen Vorschriften entspricht. Darüber sind wir im Gespräch. Es bestehen auch manche Erwartungen, was die Größenordnung angeht. Diese müssen wir noch mehr in die Realität

führen. Aber Sie können sich darauf verlassen, dass auch dieses Projekt zum Erfolg geführt werden wird.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ich darf Ihnen aus vielen eigenen Gesprächen berichten: Die bayerischen Fahrzeughersteller arbeiten mit ihren hoch innovativen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen seit Langem und intensiv am Thema Elektromobilität. Sie stehen im internationalen Wettbewerb und behaupten sich nach den aktuellen Zahlen äußerst gut. Diese Hersteller warten nicht auf gute Ratschläge der Politik oder auf planwirtschaftliche Vorgaben. Sie handeln, und die Staatsregierung unterstützt sie dabei durch die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen.

Die Forderung nach einem weiteren Zukunftsrat hat nicht nur mich, sondern viele hier verwundert, da Sie solche Gremien sonst eher nicht schätzen. Ich gehe in diesem Punkt völlig einig mit dem Ministerpräsidenten, der den Vertretern des DGB und der IG Metall schon im November 2010 eine Gesprächsplattform "Initiative Elektromobilität Bayern" angeboten hat. Außerdem sind wir laufend mit jenen, die hier mitspielen, im Gespräch.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, die Ende 2008 beschlossene und im Mai 2010 weiter konkretisierte Zukunftsoffensive Elektromobilität der Staatsregierung ist auf gutem Weg, den Wirtschafts- und Forschungsstandort Bayern zum Vorreiter bei der Elektromobilität zu machen. Eine zusätzliche Initiative zur Förderung der Elektromobilität ist nicht erforderlich.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Staatsminister Zeil. Weitere Wortmeldungen liegen uns hier oben nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/7937 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und eine Stimme habe ich bei der FDP gesehen - war das ein Versehen? Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Danke sehr. Stimmenthaltungen? - Herr Dr. Bertermann, Enthaltung? - Keine! Damit ist der Antrag demnach abgelehnt. Sie wissen, Herr Dr. Bertermann, wir warten auf solche Momente, deshalb muss man da vorsichtig sein.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Ich weiß!)